

Pressespiegel vom 25.01.2012

Dresdner Neueste Nachrichten

Nach Blockade von Neonazi-Demo in Dresden: Bundestagsabgeordnete sollen Immunität verlieren

dpa

Berlin/Dresden. Wegen ihres Protests gegen einen genehmigten Neonazi-Aufmarsch im Februar 2011 in Dresden droht mehreren Linke-Bundestagsabgeordneten die Aufhebung ihrer Immunität. Der Chemnitzer Michael Leutert sagte am Dienstag der Nachrichtenagentur dpa, sein Fall liege bereits dem Immunitätsausschuss des Bundestags vor. Zuvor war bekanntgeworden, dass die Staatsanwaltschaft Dresden auch gegen Linke- Bundesgeschäftsführerin Caren Lay ein Ermittlungsverfahren einleiten will.

Beiden sächsischen Politikern wirft die Staatsanwaltschaft die „Sprengung“ einer genehmigten Versammlung vor. Das entsprechende Schreiben des Leitenden Oberstaatsanwalts Erich Wenzlick an Leutert liegt der Nachrichtenagentur dpa vor. In der Regel kann die Staatsanwaltschaft 48 Stunden nach einem Antrag beim Bundestagspräsidenten ein Ermittlungsverfahren einleiten. Über eine komplette Aufhebung der Immunität befinden die zuständigen Gremien des Bundestages erst, wenn Anklage erhoben werden soll.

Leutert kritisierte die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft. „Für friedlichen Protest gegen Nazis darf man nicht bestraft werden.“ Zudem äußerte er sich verwundert, dass offenbar nur Linke-Abgeordneten die Aufhebung der Immunität drohe, obwohl sich auch Spitzenpolitiker von Grünen und SPD an den Veranstaltungen gegen Neonazis beteiligt hatten.

Leutert verwies darauf, dass er zu den 27 Linke-Bundestagsabgeordneten gehöre, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. „Am gleichen Tag, an dem ich dies erfahre, muss ich hören, dass der Immunitätsausschuss über mich berät. Angesichts der aktuellen Debatte um Rechtsterrorismus und der gesellschaftlichen Gefahr durch Neonazis halte ich das für vollkommen unangemessen“, fügte er hinzu.

© DNN-Online, 24.01.2012, 16:10 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/dresden-nachrichten/detail/-/specific/Nach-Blockade-von-Neonazi-Demo-in-Dresden-Bundestagsabgeordnete-sollen-Immunitaet-verlieren-4091847599>

Sächsische Zeitung

Neue Ermittlungen wegen Blockade

Berlin/Dresden. Wegen ihres Protests gegen einen genehmigten Neonazi-Aufmarsch im Februar 2011 in Dresden droht mehreren Linke-Bundestagsabgeordneten die Aufhebung ihrer Immunität. Der Chemnitzer Michael Leutert sagte gestern, sein Fall liege bereits dem Immunitätsausschuss des Bundestags vor. Zuvor war bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft Dresden auch gegen Linke-

Bundesgeschäftsführerin Caren Lay ein Ermittlungsverfahren einleiten will. Beiden sächsischen Politikern wirft die Staatsanwaltschaft die „Sprengung“ einer genehmigten Versammlung vor. Aus dem gleichen Grund wird auch gegen den Linke-Landtagsabgeordnete Falk Neubert ermittelt. (dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Neue_Ermittlungen_wegen_Blockade/articleid-2970963

Zerstrittene rechte Marschierer

Von Thilo Alexe

Um die Aufmärsche in Dresden ist in der rechten Szene ein Konflikt entbrannt. Womöglich trägt der Zoff dazu bei, dass eine Demonstration ausfällt.

Knapp drei Wochen vor dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens gibt die rechtsextremistische Szene ein zerstrittenes Bild ab. Sachsens Verfassungsschützer sprechen von einem offenkundigen Konflikt. Umstritten ist die Organisation von Aufmärschen anlässlich des 13. Februars. Der Zoff könnte dazu führen, dass weniger Neonazis nach Dresden kommen als in den vergangenen Jahren.

Im Kern geht es um die Organisation des sogenannten Trauermarsches am 13. Februar. Nach Angaben des Verfassungsschutzes will in diesem Jahr das „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ den in der Szene prestigeträchtigen Termin vorbereiten. Die Gruppierung werde dominiert von den „Freien Kräften Dresden“, einem neonationalsozialistischen Trupp. Den Kameraden ist der frühere Organisator „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) offensichtlich zu lasch. Der etwa 20 Mitglieder starke Landesverband, der sich unter anderem fürs „besetzte Ostpreußen“ interessiert, wird von den „Freien Kräften“ beschimpft, wie Sachsens Verfassungsschützer mitteilen. Demnach sei die JLO eine „innerlich tote Scheinorganisation“, die „das Gedenken an die Toten als letzte Existenzberechtigung“ missbrauche.

Bereits im vergangenen Jahr kündigte das braune „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ an, den Marsch am 13. Februar 2012 selbst zu organisieren. Die JLO will sich offenkundig aber nicht zurückziehen. Sie hat nach Angaben des Verfassungsschutzes von gestern eine Demonstration für den 18. Februar angemeldet. Wie in den vergangenen Jahren rechnet das Landesamt für den ersten Aufmarsch mit rund 1000 Rechtsextremisten, womöglich einigen mehr. Doch wie viele kommen zum zweiten?

Linke Szenebeobachter gehen davon aus, dass es am 18. Februar keinen Marsch gibt. Die Anmeldung werde lediglich aufrechterhalten, um die Mobilisierung der Neonazi-Gegner ins Leere laufen zu lassen, heißt es in einer Mitteilung des Antifa-Rechercheteams. Im Übrigen sei die JLO offenkundig überfordert. Für das Rechercheteam ist das ein Erfolg der umstrittenen Blockaden früherer Jahre.

Der Verfassungsschutz weist darauf hin, dass Rechtsextremisten am 18. Februar womöglich Einzel- und Spontanaktionen planen – je nachdem, wie erfolgreich aus ihrer Sicht der 13. Februar verläuft. Im Klartext: Sollten Neonazis frustriert sein, weil sie nicht marschieren konnten, formieren sie sich am 18. erneut – zu dezentralen Aktionen mit wenigen Teilnehmern, womöglich auch außerhalb Dresdens.

Konflikte macht der Nachrichtendienst auch an anderer Stelle bei den Rechtsextremisten aus. Umstritten ist demnach der neue NPD-Landeschef Mario Löffler. Der bisherige Vize von Holger Apfel wurde zwar mit breiter Mehrheit gewählt. Allerdings ist das Ex-CDU-Mitglied einigen rechten Extremisten zu bürgerlich. „Die Radikalen sollen gehen, und der Rest darf kommen“, kritisieren Kameraden aus dem Erzgebirge im Netz und kündigen ihren Parteiaustritt an.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2970947>

BILD, Ausgabe Dresden

Chemnitzer Bundestagsabgeordneter soll Immunität verlieren

Dienstag, 24. Januar 2012, 16:31 Uhr

Berlin (dpa/sn) - Wegen ihres Protests gegen einen genehmigten Neonazi-Aufmarsch in Dresden im Februar 2011 stehen mehrere Linke-Bundestagsabgeordnete vor der Aufhebung ihrer Immunität. Der Chemnitzer Michael Leutert sagte am Dienstag der Nachrichtenagentur dpa, dass sein Fall als erster bereits dem Immunitätsausschuss vorliege. Dieser müsse innerhalb von 48 Stunden eine Entscheidung treffen.

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/chemnitzer-bundestagsabgeordneter-soll-immunitaet-22258110.bild.html>

Ermittlung gegen weiteren linken Demonstranten

Dienstag, 24. Januar 2012, 16:38 Uhr

Dresden (dpa/sn) - Mit Falk Neubert wird gegen einen weiteren Abgeordneten der Linksfraktion in Sachsens Landtag wegen der Blockade eines Neonazi-Aufmarsches in Dresden ermittelt. Neubert machte den Fall am Dienstag selbst öffentlich und erklärte, er wolle sich vor Gericht gegen eine Kriminalisierung von Anti-Nazi-Protesten wehren. Ihm werde die Sprengung einer Versammlung vorgeworfen, es gehe um die Neonazi-Demonstration im Februar 2011. Seiner Ansicht nach sind friedliche Blockaden keine Straftaten. Die Staatsanwaltschaft Dresden war für eine Bestätigung nicht zu erreichen.

<http://www.bild.de/regional/dresden/dresden-regional/ermittlung-gegen-weiteren-linken-demonstranten-22258156.bild.html>

BILD, Ausgabe Dresden

Antifa mobilisiert Krawallos mit Gewaltvideo - Sie wollen am 13. Februar in Dresden Randalen

Von B. Schilz

Dresden – Ein neues Hassvideo gewalttätiger Linksextremisten aus dem Internet sorgt in Sachsen für Empörung.

Unter dem Titel „Dresden zu Stalingrad machen“ ruft die Antifaschistische Aktion zum „Widerstand mit allen Mitteln“ am 13. und 18. Februar auf.

Das gut drei Minuten lange Video zeigt u.a. Polizisten, die von Demonstranten überrannt und mit Steinen beworfen werden, brennende Barrikaden, verwüstete Straßen. Das Ganze unterlegt von wilder Punk-Musik.

Mehr als 5000 Menschen haben das Video schon beim Internet-Portal YouTube gesehen. Einer war Sachsens Innenminister Markus Ulbig (47, CDU) und der ist deshalb sauer.

Er schreibt dazu auf seiner Facebook-Seite: „Dieses Video für den 13./18. Februar in Dresden macht mich wütend. Das ist eine Kampfansage an den Staat und ein Aufruf zur Gewalt.“

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Nazi-Blockade: Ermittlungen auch gegen Bundespolitiker

Dresden – Nach mehreren Landtagsfraktions-Chefs stehen nun auch Bundestagsabgeordnete der Linken wegen der Blockade des Dresdner Neonazi-Aufmarschs im Februar im Visier der Staatsanwaltschaft. Die Behörde hat die Aufhebung der Immunität der Parlamentarier beantragt.

Der Chemnitzer Michael Leutert erklärte gestern, dass sein Fall bereits dem Immunitätsausschuss des Bundestages vorliege. Zuvor war bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft Dresden auch gegen Linke-Bundesgeschäftsführerin Caren Lay ein Ermittlungsverfahren einleiten will.

Beiden sächsischen Politikern wirft die Anklagebehörde die „Sprengung“ einer genehmigten Versammlung vor. Leutert kritisiert dies: „Für friedlichen Protest gegen Nazis darf man nicht bestraft werden.“ Zudem äußerte er sich verwundert, dass offenbar nur Linke-Abgeordneten die Aufhebung der Immunität drohe, obwohl sich auch Spitzenpolitiker von Grünen und SPD an der Veranstaltung gegen Nazis beteiligt hatten.

Ebenfalls ermittelt wird gegen den linken Bundestagsabgeordneten Falk Neubert.

Mitteldeutscher Rundfunk

Proteste gegen Neonazis in Dresden: Ermittlungen gegen weitere Linken-Abgeordnete wegen Demo Blockade

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat wegen der Blockade eines Neonazi-Aufzuges im Februar 2011 in Dresden weitere sächsische Linken-Politiker ins Visier genommen. Wie die Landtagsfraktion der Partei mitteilte, hat die Ermittlungsbehörde gegen den Abgeordneten Falk Neubert ein Verfahren wegen der "Sprengung einer Versammlung" eingeleitet. Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) sei bereits informiert worden. Neubert hatte unter anderem an Sitzblockaden und Protesten teilgenommen, der genehmigte Neonazi-Aufzug konnte deshalb nicht stattfinden. Gleichzeitig wurde bekannt, dass dem Chemnitzer Linken-Bundestagsabgeordneten Michael Leutert der Entzug der Immunität droht. Sein Fall liege bereits dem

Immunitätsausschuss des Bundestages zur Entscheidung vor, sagte Leutert am Dienstag. Der Politiker, der auch der Sprecher der Landesgruppe Sachsen der Linken im Bundestag ist, kritisierte die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft. "Für friedlichen Protest gegen Nazis darf man nicht bestraft werden", sagte Leutert. Zudem äußerte er sich verwundert, dass offenbar nur Linken-Abgeordneten die Aufhebung der Immunität drohe, obwohl sich auch Spitzenpolitiker von Grünen und SPD an den Veranstaltungen gegen Neonazis beteiligt hatten.

Neubert will sich vor Gericht rechtfertigen

Linken Landtagsabgeordneter Neubert kündigt an, er werde sich wegen der Teilnahme an den Blockaden rechtfertigen. "Ich bin entschlossen, vor Gericht gegen die Kriminalisierung von Anti-Nazi-Protesten zu kämpfen", sagte er. Friedliche Blockaden seien keine Straftaten sondern durch das Grundgesetz gedeckt. Neubert will sich durch den Dresdner Rechtsanwalt und Linken-Stadtrat André Schollbach vertreten lassen. "Unser Ziel besteht darin, die in Sachsen praktizierte strafrechtliche Verfolgung friedlicher Demonstranten zu stoppen", sagte der Anwalt. Wenn es nötig ist, werde er mit diesem Fall "durch die Instanzen gehen".

Schollbach, der selbst an den Blockaden teilgenommen hatte, war in den vergangenen Monaten erfolgreich gegen eine Razzia der Staatsanwaltschaft Dresden im "Haus der Begegnung" vorgegangen. Das Amtsgericht Dresden hatte auf Schollbachs Anträge hin unter anderem die Durchsuchung der Büroräume der Linken, einer Wohnung sowie die erkennungsdienstliche Behandlung zweier Parteimitglieder für rechtswidrig erklärt. Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte als Grund für die Aktion den Verdacht auf schweren Landfriedensbruch angegeben. Die Durchsuchung erfolgte im Umfeld der Proteste gegen einen Aufmarsch von Neonazis in Dresden.

Ermittlungen gegen zahlreiche Linken-Politiker

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte im Zuge der Ermittlungen gegen Teilnehmer an den Blockaden anfangs gegen 200 Verdächtige ermittelt, zahlreiche Verfahren wurden gegen die Zahlung einer Geldbuße eingestellt. So musste etwa der Fraktionschef der SPD im Sächsischen Landtag, Martin Dulig, 700 Euro an die "Aktion Zivilcourage" in Pirna zahlen. Gegen zahlreiche Politiker der Linken wird dagegen weiter ermittelt. So beantragte die Staatsanwaltschaft am 19. Januar die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der Bundestagsabgeordneten Caren Lay. Am gleichen Tag hatte der Hauptausschuss des Hessischen Landtages entschieden, die Immunität der Linken-Fraktionschefs Willi van Oyen und Janine Wissler aufzuheben. Bereits im Oktober 2011 hatte der Sächsische Landtag die Immunität von Linken-Fraktionschef André Hahn aufgehoben. Dieser erhielt inzwischen einen Strafbefehl des Dresdner Amtsgerichtes über 3.000 Euro. Der Linken-Politiker legte Widerspruch ein und will es zum Prozess kommen lassen. Ebenfalls im Oktober 2011 hatte der Justizausschuss des Thüringer Landtages die Immunität des dortigen Linken-Fraktionschef, Bodo Ramelow, aufgehoben. Zuletzt aktualisiert: 24. Januar 2012, 22:15 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/ermittlungen-gegen-linken-politiker100.html>
